



VEREINIGUNG DER HESSISCHEN  
UNTERNEHMERVERBÄNDE

# Integration

zum Wohle von Wirtschaft und Gesellschaft voranbringen

- Positionierung und Forderungen -



*Emil-von-Behring-Straße 4 · 60439 Frankfurt am Main  
Tel.: 069 95808-0 · Fax: 069 95808-126*

## Vorwort

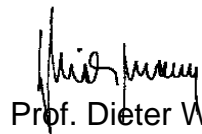
Die Wirtschaft ist auf Integration von Menschen mit Migrationshintergrund angewiesen und trägt ihren Teil durch "Integration in bzw. durch Arbeit" bei. Integration kann aber nur ganzheitlich gelingen; d. h. auch die Integration in den anderen Lebenswelten – außerhalb der Arbeitswelt – muss zum Gelingen des Ganzen beitragen. Nur dann kann die Integration insgesamt erfolgreich sein. Und unerlässlich für ein Gelingen ist selbstverständlich auch die aktive Mitwirkung des Migranten; ohne diesen Eigenbeitrag sind alle Integrationsversuche zum Scheitern verurteilt.

Die hessische Wirtschaft ist traditionell stark international ausgerichtet, besonders im Ballungsraum Frankfurt Rhein-Main. In keiner anderen deutschen Großstadt sind so viele Nationalitäten vertreten wie in Frankfurt am Main. Die Internationalität ist daher schon heute ein wesentlicher Standortfaktor, und sie wird – mit Blick in die Zukunft – noch an Bedeutung gewinnen. Vor diesem Hintergrund gehört das Thema "Arbeitsorientierte Zuwanderung/Integration" schon traditionell zu den Focusthemen der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände e. V. (VhU). Erst im letzten Jahr hat die VhU dazu mit ihrer Veröffentlichung "Arbeitsorientierte Zuwanderung – Zwischen neuer Offenheit und verbesserter Integration" (download über [www.vhu.de](http://www.vhu.de)) wieder Flagge gezeigt.

Nachdem das Thema "Integration" in der Vergangenheit – leider – zu wenig beachtet wurde, hat die hessische Landesregierung dem Thema jetzt erfreulicherweise mit der Bündelung der Zuständigkeit im "Ministerium der Justiz, für Integration und Europa" den Stellenwert gegeben, der ihm eigentlich schon immer gebührt.

An einer Vielzahl von Stellen sind die Parameter neu zu justieren. Wir haben dies in Form von Forderungen zum Ausdruck gebracht und jeweils kurz erläutert. Können diese umgesetzt werden, dann besteht eine gute Chance, die Integration voranzubringen – zum Wohle der Menschen der Unternehmen und unserer Gesellschaft insgesamt.

Frankfurt am Main, den 10.09.2009



Prof. Dieter Weidemann



Volker Fasbender

## **Inhaltsübersicht:**

1.	Integration durch Bildung	S.	4
2.	Integration durch Arbeit	S.	6
3.	Integration als Standortfaktor	S.	8
4.	Integration und Lebenswelten	S.	9
5.	Integration und Eigenverantwortung	S.	10
6.	Integration und Transparenz	S.	11

## 1. Integration durch Bildung

- Die VhU fordert, die Integration bereits intensiv in der frühkindlichen Bildung zu fördern und den Hessischen Erziehungsplan 0-10 im Kindergarten und in der Grundschule landesweit zu implementieren. Auf Basis eines pädagogisch ko-konstruktiven Ansatzes sind hierfür Standards zu entwickeln und zu evaluieren. Die systematische Sprachentwicklung sollte dabei ein Schwerpunkt sein.

Das Beherrschen der deutschen Sprache ist von entscheidender Bedeutung, je früher, desto besser. Deshalb sollte im Kindergarten begonnen werden und systematisch, gemeinsam mit der Grundschule und der weiterführenden Schule fortgeführt werden. Der Kindergarten sollte gebührenfrei sein.

- Für den Bereich der Schule fordert die VhU, zukünftig die Potenziale der Migrantenkinder in den Vordergrund zu stellen und weniger deren Defizite. Als Grundlage hierzu muss die Sprachförderung der Migrantenkinder vertieft und allen Kindern interkulturelle Kompetenz vermittelt werden, im Unterricht, im Schulleben generell sowie durch Ausweitung internationaler Schüleraustausche und Schulpartnerschaften.

Im Schulbereich muss auf die Erfahrungen aus dem Kindergartenbereich aufgesetzt werden, die Lehrkräfte sind entsprechend vorzubereiten. Individuelle Förderung aller Kinder muss zum Prinzip werden. Gute Sprach- und Lesekompetenzen können – wie PISA gezeigt hat – die Nachteile der oft ungünstigen sozioökonomischen Herkunft ausgleichen und eine bisher eventuell unbefriedigende Bildungsbeteiligung deutlich verbessern. Und mit Blick auf das nachfolgende Berufsleben sollte gerade bei Migrantenkindern ein Focus auf die Berufsorientierung gelegt werden, einschließlich eines gezielten Bewerbungstrainings. Ziel sollte es auch sein, den Abiturientenanteil der Migrantenkinder zu erhöhen.

- Die VhU fordert, in der Ausbildung die interkulturellen Kompetenzen und die oft vorhandene Mehrsprachigkeit weiter zu vertiefen und für alle Auszubildenden nutzbar zu machen; der Staat sollte flankierende Unterstützungsangebote ermöglichen und in den Berufsschulen die Angebote für die unterschiedlichen Lernvoraussetzungen der Schülerschaft differenzieren.

Die in Kindergarten und Schule erworbenen besseren Sprachfähigkeiten und interkulturellen Kompetenzen eröffnen gute Chancen auf Erlangung eines Ausbildungsplatzes und auf erfolgreichen Abschluss der Ausbildung. Werden Eltern und Familien – übrigens auch schon in Kindergarten und Schule! – einbezogen, sind nach alledem beste Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration durch Bildung geschaffen.

Das Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft (BWHW) beweist schon seit Anfang der 80er Jahre eindrucksvoll, dass gerade an der Schwelle von Schule zu Beruf erfolgreich integriert werden kann. In seinen hier platzierten Projekten liegt der Anteil der Teilnehmer mit Migrationshintergrund kontinuierlich bei ca. 50 %. Es handelt sich dabei beispielsweise um berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, BvB (ca. 3 000 Teilnehmer ständig), um ausbildungsbegleitende Hilfen, AbH (ca. 1 600), und um überbetriebliche Ausbildung (ca. 1 900). Das BWHW ist damit größter Akteur in Hessen bei der beruflichen Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

- Für den Bereich des Studiums fordert die VhU die Einrichtung einer internationalen Universität Rhein-Main (International University) des Hochschulverbundes Darmstadt-Frankfurt-Mainz mit Lehrveranstaltungen ausschließlich in englischer Sprache und der verpflichtenden Vermittlung von Basiswissen über die wichtigsten Kulturen.

Internationale Märkte brauchen internationale Lösungen. Interkulturelle Bildung vom Kindergarten bis zum Studium ist hierfür eine grundlegende Voraussetzung und die Errichtung einer International University im Verbund bestehender Anbieter im Ballungsraum Rhein-Main die logische Konsequenz (VhU-Konzept → S. 32 der Broschüre „Exzellenz - made in Hessen, Exzellenzvision 2025“, download über [www.vhu.de](http://www.vhu.de)).

## 2. Integration durch Arbeit

- Die VhU fordert, den Beitrag der Wirtschaft zur Integration durch Arbeit anzuerkennen und die Betriebe, die erfolgreich Integration durch Arbeit betreiben, besser wertzuschätzen.

Die Wirtschaft erbringt schon seit Jahrzehnten ihren Beitrag zur erfolgreichen Integration von Migranten. Millionen von Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund sind seit Ende der fünfziger Jahre in Betrieben eingestellt worden und werden dort beschäftigt. Und die Arbeitsintegration geht dort notwendigerweise einher mit der sozialen und sprachlichen Integration im Kreis der Arbeitskollegen und im betrieblichen Sozialgefüge. All dies verleiht den solcherweise Integrierten in aller Regel auch die Kraft und Kompetenz, die Integration in den anderen Lebenswelten zu vollenden; zumindest bietet sie dafür eine sehr gute Chance.

Die Wirtschaft trägt durch ihre internationalen Kontakte und die wachsende globale Mobilität von Fach- und Führungskräften entscheidend zur Internationalität und kulturellen Vielfalt des Standorts Hessen bei. Sie erschließt damit neue Potenziale und wirkt Konflikten zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen durch Integration in einen gemeinsamen, internationalen Arbeitszusammenhang entgegen.

Leider werden diese Beiträge der Wirtschaft und der integrierenden Unternehmen häufig gar nicht gewürdigt oder nur gering geschätzt. Zu Unrecht. Gerade erfolgreiche Beispiele eignen sich nämlich – nach der best-practice-Methode – zur Nachahmung. Beispiele für solche erfolgreichen Wege hat die VhU erst im Vorjahr in ihrer Veröffentlichung „Arbeitsorientierte Zuwanderung – Zwischen neuer Offenheit und verbesserter Integration“ (dort auf S. 106 ff.) aufgelistet.

- Die VhU fordert, solche Unternehmen stärker zu unterstützen, bei denen der Beschäftigungsanteil der Migranten signifikant höher ist als der Durchschnitt; dasselbe gilt für durch Migranten neu gegründete Unternehmen.

Unternehmen mit einem hohen Migrantenanteil leisten einen beachtlichen Beitrag zur Integration. Dies verdient verstärkte Unterstützung, sei es in der Beratung, in der Vermarktung als „good practice“ oder auch in der Wertschätzung bei Wettbewerben (z. B. „Together in Hessen“). Existenzgründerprogramme sollten verstärkt auf Migranten als Existenzgründer ausgerichtet und ggf. auch neu konzipiert werden.

- Bei der Migration, die der Integration vorausgeht, fordert die VhU schon seit langem eine weitere Liberalisierung der arbeitsorientierten Zuwanderung von

EU-Ausländer aus den neuen Beitrittsstaaten und von Drittstaatlern durch den Gesetzgeber; bei der Steuerung sollte auf das sog. Vorrangprinzip verzichtet und auf ein flexibles, die jeweiligen Bedarfe berücksichtigendes Punktesystem nach Qualifikationen umgestellt werden, wie es in anderen Ländern schon erfolgreich praktiziert wurde und wird.

Integration betrifft zwar auch die schon hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, vor allem aber die zukünftig noch zu uns kommenden Menschen. Die dafür maßgeblichen Voraussetzungen im deutschen Zuwanderungsrecht sind aber nach wie vor allzu restriktiv und wenig einladend für Interessenten. Wir bräuchten zwar dringend Fachkräfte aus Drittstaaten; doch leider machen diese immer noch einen Bogen um Deutschland und präferieren die anwerbefreundlicheren Wettbewerberländer von Deutschland. Es wird höchste Zeit, die Wagenburgmentalität abzulegen.

Deshalb sollte bei allen Hochqualifizierten die schädliche Einkommensbarriere gestrichen werden, ebenso bei Selbständigen, die Mindestinvestitionssumme sowie das Erfordernis, eine bestimmte Mindestanzahl von Arbeitsplätzen zu schaffen. Und bei ausländischen Studenten, die ihr Studium vollständig in Deutschland absolviert haben, sollte der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt ohne weitere Voraussetzungen gewährt werden.

- Die VhU fordert die Politik auf, dafür zu sorgen, dass Migranten auch verstärkt im öffentlichen Dienst beschäftigt und integriert werden.

Besonders chancenreich (im Hinblick auf eine am Ende insgesamt erfolgreiche Integration) ist die Integration durch Arbeit. Das gilt aber nicht nur für die Privatwirtschaft, sondern auch für den öffentlichen Dienst. Ob im Land, im Kreis oder in den Kommunen, und ob auf einem sozial hohen oder weniger hohen Level: Tätigkeiten im Polizeidienst, als Lehrer, bei der Berufsfeuerwehr, im Gesundheitswesen oder in anderen Sozialdienstbereichen eignen sich durch die Einbindung in ein „Sozialgefüge“ gut zur Integration von Migranten. Deshalb, wie auch um mit gutem Beispiel voranzugehen, sollten die öffentlichen Körperschaften im Rahmen ihrer Möglichkeiten und unter Berücksichtigung der Qualifikationsanforderungen verstärkt davon Gebrauch machen.

### 3. Integration als Standortfaktor

- Die VhU fordert, Integration nicht auf ihre sozialpolitische Seite zu beschränken, sondern sie – jedenfalls viel stärker als bisher – als Standortfaktor im Wettbewerb zu verstehen.

Deutschlands führende Rolle beim Humankapital kann im Wettbewerb nur gehalten werden, wenn der Offenheitsfaktor gesteigert wird. Dies gilt erst recht angesichts der bekannt hohen Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft. Der Gesichtspunkt der humanbezogenen Offenheit und Vielfalt wird zunehmend zu einem echten Wettbewerbsfaktor der konkurrierenden Standorte, sowohl innerhalb Deutschlands als auch international.

- Die VhU fordert, die heute schon bestehende hohe Internationalität von Frankfurt Rhein/Main bei allen Werbe- und Akquiseaktivitäten im In- und Ausland noch stärker zu betonen.
- Die VhU fordert, im Standortwettbewerb die wesentlichen Gründe, die zu dem schon heute hohen humankapitalbezogenen Offenheitsfaktor in Frankfurt Rhein/Main geführt haben, als Werbeargument einzusetzen.

Zu den Grundvoraussetzungen für erfolgreiche unternehmerische Tätigkeit in einer globalisierten Welt gehört die Fähigkeit, unterschiedliche Kulturen und Nationalitäten im Rahmen von Produktions- und Entwicklungsprozessen zu integrieren. Dabei gilt es, Vielfalt als Nutzen der Vielfalt zu verstehen, zu praktizieren und die kulturellen Unterschiede nicht etwa einzuebnen, sondern als produktiven Faktor zu nutzen, der mit zur Erschließung internationaler Märkte beiträgt.

Der Weg zu der hohen Internationalität von Frankfurt Rhein/Main war und ist ein erfolgreicher Prozess. Und dieser Erfolg kommt nicht „von ungefähr“, er ist vielmehr das Ergebnis eines jahrzehntelangen Weges der richtigen Schritte und Maßnahmen. Dies sollte herausgearbeitet werden, um es erfolgreich als Werbeargument – zumindest stärker als bisher – einsetzen zu können.

#### **4. Integration und Lebenswelten**

Als Interessenvertretung der Wirtschaft hat die VhU traditionell ihren Fokus auf die Integration durch Arbeit und durch Bildung gelegt. Hier ist die Wirtschaft direkt betroffen, verfügt über eigene Erfahrungen und kann deshalb kompetent mitreden. Die Integration findet aber auch in anderen Bereichen statt, wie z. B. in der Kultur, Kunst, Freizeit (etwa Sport), Kirche, im ehrenamtlichen Bereich (etwa freiwillige Feuerwehr), in der Politik, im Rechtswesen usw. Verdienstvoll ist auch die Tätigkeit von Migrantenvereinen und –organisationen, die sich um die Integration bemühen und Wertschätzung und Förderung verdienen. Dies sollte auch in der Ehrenamtskampagne der Landesregierung stärker als bisher berücksichtigt werden.

Die VhU maßt sich zwar nicht an, für alle diese Lebenswelten auch noch konkrete Forderungen aufzustellen. Jedoch steht für die VhU fest, dass Integration ganzheitlich zu betrachten ist: Je häufiger Integration auch in den anderen Lebenswelten praktiziert wird, und je besser sie dort gelingt, um so eher kann sie insgesamt zu einem Erfolg führen.

## 5. Integration und Eigenverantwortung

- Die VhU fordert von den Migranten, aktiv an der „eigenen“ Integration mitzuwirken und die Integration nicht als Einbahnstraße, sondern als ein „Geben und Nehmen“ (Rechte **und** Pflichten) zu verstehen.

Bis weit in die 80er Jahre hinein war die Integration kein Thema in Deutschland. Danach begann man – zunächst zögerlich, später aber intensiver und in den letzten Jahren auch durchaus erfolgreicher – damit, Integration zu thematisieren und zu praktizieren. Sicher hat man dabei auch Fehler gemacht und so manchen Misserfolg hinnehmen müssen; und so manches wäre sicher noch zu verbessern / zu intensivieren.

Integration darf aber keine Einbahnstraße sein. D. h. der zu integrierende Mensch muss auch bereit sein, sich integrieren zu lassen; und nicht nur das: Passives „sich integrieren lassen“ genügt nicht, er muss vielmehr aktiv an seiner „eigenen“ Integration mitwirken. Er muss alles in seinen Kräften stehende tun, seine Integration zu fördern und ihr zum Erfolg zu verhelfen, er hat alles zu unterlassen, was diese Zielsetzung gefährden könnte oder ihr zuwider läuft. Diese Erwartungshaltung ist auch gerechtfertigt. Denn wenn ein Migrant die Chance eingeräumt bekommt, in unsere Gesellschaft aufgenommen zu werden und wir ihm dabei auch in vielfältiger Weise behilflich sind, muss auch erwartet werden können, dass er dazu auch seinen eigenen Beitrag erbringt.

- Die VhU fordert von den Migranten vor allem die Bereitschaft zum Erlernen der deutschen Sprache und die uneingeschränkte Akzeptanz unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung.

Diese zwei Punkte sind elementare Bedingungen der Aufnahme eines Interessenten in unsere Gesellschaft. Zu der Rechts- und Gesellschaftsordnung gehören auch die dieser Ordnung immanenten Werte, vor allem geht es um unsere freiheitliche demokratische Grundordnung.

Über diese Elementarforderungen hinaus gibt es weitere Erwartungen, so etwa die Anerkennung der religiösen und kulturellen Identität und die Anerkennung der Gleichberechtigung von Mann und Frau, ferner die Ablehnung von fundamentalistischen, ausländer- und fremdenfeindlichen Tendenzen oder gar Aktivitäten. Ziel – gewissermaßen als Belohnung und als Ergebnis einer erfolgreichen Integration – sollte der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft sein, was dann die Einräumung weiterer Rechte – aber auch Pflichten – zur Folge hat.

## 6. Integration und Transparenz

- Die VhU fordert die Medien (Printmedien, elektronische Medien) auf, das Thema Integration verstärkt aufzugreifen, für Integration zu werben und den Fokus auf Beispiele gelungener Integration zu setzen.

Erfolgreiche Integration hängt auch ganz maßgeblich davon ab, dass sie transparent gemacht wird. Es geht darum, das Thema überhaupt noch stärker in den Fokus zu stellen; und es geht darum, die Erfolge und guten Beispiele herauszustellen – anstatt sich mit Kritik und schlechten Beispielen zu begnügen.

- Die VhU fordert die Politik auf, die Inhalte und Ergebnisse der Arbeit des Integrationsbeirates öffentlichkeitswirksam bekannt zu machen.
- Die VhU fordert die Politik auf, dafür zu sorgen, dass auch in den Regionen das Thema Integration in den dort schon bestehenden Gremien / Gesprächsrunden verstärkt platziert wird, ggf. auch im Wege der Installierung dem Landesintegrationsbeirat vergleichbarer Gesprächsrunden.

Die VhU fordert die Politik auf, die Methoden und Ergebnisse der Integration in anderen Bundesländern / im europäischen Ausland zu recherchieren, auszuwerten, bekannt zu machen und geeignet erscheinende Wege für Hessen zu adaptieren.